

Junge Grünliberale Partei Zürich

Leitlinien



Verabschiedung: MV Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort	2
2 Gesellschaft	4
3 Energie & Umwelt	6
4 Mobilität	11
5 Altersvorsorge und Gesundheit	13
6 Bildung und Einstieg in die Arbeitswelt	15
7 Aussen- und Europapolitik	17
8 Kurzpositionen	18
8.1 Wirtschaftspolitik	18
8.2 Armee und Wehrpflicht	18
8.3 Waffenexporte	18
8.4 Migrations- und Asylpolitik	19
8.5 Transparenz bei Parteienfinanzierung	19

1 Vorwort

Wer wir sind

Die Junge Grünliberale Partei des Kantons Zürich ist eine progressive, ökologische und liberale Partei. Wir vertreten eine innovative, wirtschaftsfreundliche und zugleich umwelt- und sozialverträgliche Politik. Die Jungen Grünliberalen engagieren sich im Speziellen für Anliegen und politische Themen der Jungen – wie beispielsweise für eine liberale Gesellschaftsordnung sowie eine nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Wofür wir einstehen

Nachhaltige Politik

Eine hohe Lebensqualität und eine intakte Umwelt sollen auch zukünftigen Generationen ermöglicht werden. Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich ein für:

- den Schutz von Umwelt und Natur.
- den Wandel hin zu erneuerbaren Energien und nachhaltiger Ressourcenwirtschaft.
- eine ausgeglichene Finanzpolitik.
- eine starke, stabile und nachhaltige Wirtschaft, die auch kommenden Generationen eine Lebensgrundlage bietet.
- eine zukunftsweisende Bildungs- und Forschungspolitik.
- ein qualitativ hochstehendes Gesundheitssystem, das bezahlbar und effizient ist.
- soziale Systeme, die sowohl auf Solidarität als auch auf Eigenverantwortung beruhen, um langfristig tragfähig zu bleiben.

Liberale Politik

Individuelle Freiheitsrechte sind für uns zentral. Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich für eine liberale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ein. Dazu gehören...

- Schutz der Privatsphäre im digitalen und physischen Raum.
- die Ehe und das Adoptionsrecht für alle.
- eine liberale Drogenpolitik.
- gute Rahmenbedingungen für Unternehmen.
- Freihandelsabkommen, insbesondere mit unseren engsten europäischen Partnern.
- eine liberale Migrationspolitik und die Personenfreizügigkeit in Europa.

Pragmatische Politik

Die Jungen Grünliberalen Zürich politisieren sachbezogen, pragmatisch und möchten...

- als unabhängige Partei ideologisch geprägte Clichés überwinden.
- zu einer vernünftigen, zielführenden und zukunftsgerichteten Politik beitragen.

Soziale und humane Politik

Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich ein für...

- Anstand, Toleranz und Respekt und dafür, dass Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.
- einen Sozialstaat, der die Existenz und grundlegenden Bedürfnisse aller Einwohner sichert.
- nachhaltige Reformen bei den Sozialversicherungen der Schweiz, damit diese auch zukünftigen Generationen erhalten bleiben.
- den freien Zugang zu Bildung für alle - unabhängig vom sozialen Status und Herkunft.

2 Gesellschaft

Eine liberale Gesellschaft – heute, aber auch morgen

Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich für eine liberale, offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein, in der alle ihren Teil dazu beitragen, dass die Freiheit nicht auf Kosten anderer, der Umwelt oder künftiger Generationen gelebt wird.

JA zum Schutz der Privatsphäre

Zu einem liberalen Staat gehören die grösstmöglichen individuellen Freiheitsrechte. Der Schutz der Privatsphäre soll im digitalen wie auch im physischen Raum gewährleistet werden. Eingriffe müssen stets verhältnismässig und von einem Richter verordnet sein.

JA zur Gleichstellung und Chancengerechtigkeit - Ja zu Vielfalt

Wir sind für die konsequente Gleichstellung von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht in sämtlichen Bereichen unserer Gesellschaft. Dies betrifft viele Aspekte, unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Lohngleichheit. Daher wollen wir die Bereitstellung von Krippenplätzen und ein Anreizsystem für mehr Teilzeitstellen im Kader fördern. Des Weiteren unterstützen wir einen befristeten Geschlechterrichtwert. Dieser soll helfen, die eklatante Untervertretung von Frauen in Kaderpositionen zu verringern und die Chancengleichheit qualifizierter Frauen zu garantieren. Heute gibt es immer noch nicht erklärbare Unterschiede zwischen den Lohnsummen beider Geschlechter. Wir sprechen uns deshalb für einen transparenten Dialog zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aus, welcher den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit zum Ziel haben soll. Regelmässige Lohnanalysen können zum Beispiel unbewusste Diskriminierung im Lohngefüge aufdecken. Wir unterstützen deshalb solche verbindlichen Analysen in grösseren Unternehmen.

Wir unterstützen die Forderung, das Geschlecht langfristig auf rechtlicher Ebene abzuschaffen, um sämtliche Unterschiede aus staatlicher Sicht zu beseitigen. Entsprechend befürworten wir die Angleichung des Rentenalters, einen flexiblen Elternurlaub sowie eine Ausweitung der Dienstpflicht auf alle Schweizerinnen und Schweizer (siehe Kapitel 8.2).

JA zur Vielfalt

Systematische Diskriminierungen müssen abgeschafft oder reduziert werden: Wir wollen nicht, dass jemand aufgrund seines Namens, seines Geschlechts oder seiner Herkunft auf dem Wohnungs- und/oder Arbeitsmarkt benachteiligt wird. Unterschiedliche Lebensmodelle sollen auf staatlicher Ebene neutral behandelt werden.

JA zur Regulierung von Cannabis und einem glaubhaften Jugendschutz

Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich für die Regulierung weicher Drogen, insbesondere Cannabis, ein. Die heutige Ungleichbehandlung von legalen Drogen wie Alkohol und weichen, illegalen Drogen wie Cannabis steht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen bezüglich dem körperlichen, psychischen und gesellschaftlichen Schaden, den die Substanzen anrichten können. Eine Regulierung der ‚weichen‘ Drogen entspricht deshalb unseren gesellschaftsliberalen Grundsätzen, ist aber

auch wirtschaftlich sinnvoll. Dadurch wird eine Besteuerung möglich und die Kosten für die Durchsetzung des Verbots können eingespart werden. Die staatlichen Mehreinnahmen können in Prävention und Jugendschutz fliessen oder beispielsweise der AHV zugeführt werden. Der kriminelle Schwarzmarkt kann trockengelegt, wirksame Massnahmen zum Jugendschutz eingeführt und gesundheitliche Schäden durch verunreinigte Stoffe vermindert werden.

JA zur Trennung von Staat und Kirche

Der Staat soll nach Auffassung der Jungen Grünliberalen die Religionsfreiheit garantieren. Er darf keine religiösen oder ideologischen Ansichten gegenüber anderen bevorzugen. Die staatliche Förderung von bestimmten Kirchen widerspricht diesem Grundsatz und verletzt die Gleichbehandlung von wohltätigen und sozialen Einrichtungen. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Kirchensteuer für natürliche und juristische Personen. Sie ist nicht mehr zeitgemäss und widerspricht der Trennung von Kirche und Staat. Wir anerkennen den sozialen Wert, den die religiösen Gemeinschaften für viele Gläubige haben und den gemeinnützigen Teil ihres Engagements. Dieses soziale Engagement soll auch weiterhin vergütet werden, allerdings sollen sich alle Vereine, also auch nicht-religiöse, für diese Vergütung bewerben können.

Forderungen und Positionen:

Liberale Politik

Die Jungen Grünliberalen Zürich fordern, dass...

- der Staat vor allem auf sinnvolle und wirksame Anreize setzt, statt Verbote erlässt.
- die individuellen Freiheitsrechte, insbesondere die Privatsphäre, geschützt werden.
- private Daten oder Räume nur dann überwacht werden, wenn ein Gericht entscheidet, dass ein begründeter Verdacht vorliegt.
- vorbehaltlos die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren in allen juristischen Bereichen, speziell im Ehe- und Adoptionsrecht, realisiert wird.
- eine vollständige Trennung von Staat und Kirche umgesetzt wird.
- der Laizismus, also die Neutralität gegenüber Religionen, in unserer Verfassung verankert und der Gottesbegriff aus der Präambel gestrichen werden.

Pragmatische Politik

- Cannabis und andere weiche Drogen sollen legalisiert, reguliert und besteuert werden.

Soziale und humane Politik

- Die Gleichstellung von Frau und Mann im Arbeitsmarkt soll mit geeigneten Massnahmen wie beispielsweise ausgebauten Krippenplätzen, befristeten Geschlechterrichtwerten und verbindlichen Lohnanalysen gefördert werden.

3 Energie & Umwelt

Die Schweizer und Schweizerinnen leben aktuell massiv über ihren Verhältnissen und belasten die Umwelt auf Kosten künftiger Generationen. Wir sind der Ansicht, dass wir unsere Gesellschaft langfristig auf einen umweltverträglichen Kurs bringen müssen. Nur so kann unser Wohlstand nachhaltig gesichert werden.

Energieproduktion

Energiewende jetzt - und zwar richtig!

Die Schweiz verdankt ihren Wohlstand zu einem grossen Teil knappen, nicht erneuerbaren Ressourcen, deren Verbrauch Mensch und Umwelt massiven Schaden zufügt. Wir betrachten die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien als unverzichtbare Voraussetzung der Wahrung unseres Wohlstandes. Deshalb fordern und fördern wir ein rasches Umdenken, insbesondere beim Verbrauch von folgenden Ressourcen:

- Den fossilen Energieträgern (insbesondere Erdöl, Benzin und Diesel), welche für den Klimawandel hauptverantwortlich sind
- Der Atomenergie, welche finanziell grösstenteils von der Allgemeinheit getragen wird und für deren Abfallprodukte nach wie vor keine Lösung existiert
- Der knappen Fläche, zu welcher in der kleinräumigen Schweiz besondere Sorge getragen werden sollte.

Für uns ist es ein zentrales Anliegen, den Wechsel auf die vorhandenen Alternativen so auszugestalten, dass Zielkonflikte wie z.B. Atomausstieg versus Reduktion des CO₂-Ausstosses umgangen werden können und die Schweiz volkswirtschaftlich gewinnt. Zudem soll die Schweiz auch ihre internationale Verantwortung wahrnehmen und die entsprechenden Klimaziele aus internationalen Abkommen erreichen.

Energieproduktion – Fossile gehören ins Museum und eine konsequente Umsetzung der Energiewende auf die Agenda!

Volkswirtschaftlich gesehen verliert die Schweiz durch den umfangreichen Import fossiler Energien jedes Jahr viel Geld. Es macht deshalb auch aus finanzieller Sicht Sinn, die Energieproduktion auf erneuerbare Energieformen umzustellen, welche ohne oder mit geringen Grenzkosten Energie produzieren. Zudem bietet sich für die Innovationsnation Schweiz eine Chance, sich als Pionierin bezüglich Clean Tech zu positionieren und sich so langfristig einen internationalen Wettbewerbsvorteil zu sichern.

Die Schweiz nutzt fossile Energieträger in erster Linie für

- die Gebäudeheizung,
- den motorisierten Verkehr und
- die Produktion von Konsumgütern und Dienstleistungen.

Bei Gebäudeheizungen sind erneuerbare Lösungen bereits heute wirtschaftlicher als jene mit fossilen Energieträgern. Lenkungsabgaben auf fossile Treibstoffe sollen Kostenwahrheit herstellen und entsprechend umwelt- oder klimaschädliche Heizungen und Fahrzeuge besteuern und gleichzeitig umweltfreundlichere Heizungs- bzw. Fahrzeugmodelle fördern.

Kurzfristige Subventionen sind akzeptabel, sofern sie den Umstieg auf umweltfreundlichere Heizungs-/Automodelle fördern. Es ist aber zu vermeiden, dass der Einstieg in die individuelle Mobilität zu Lasten des Öffentlichen Verkehrs oder Langsamverkehrs gefördert wird. Subventionen sind generell nur als Kompensation für nicht-internalisierte, negative externe Kosten (sprich Marktverzerrungen zugunsten fossiler Energieträger wie u.a. Umweltverschmutzung, Lärm, Gesundheitskosten, Klimafolgekosten) zu sehen und langfristig zu reduzieren bzw. ganz abzuschaffen.

Auch für Konsumgüter sollen Anreize gesetzt werden, welche die negativen externen Kosten in die Produkte integriert und so Kostenwahrheit herstellt. Wir sind überzeugt, dass dies langfristig automatisch zu "Cradle-to-Cradle"- und somit nachhaltigen Produkten führt.

Atomkraft – Wir wollen nicht die Rechnung für verfehlte Energiepolitik bezahlen!

Nuklearenergie ist ein Verlustgeschäft, für welches höchstwahrscheinlich die Bevölkerung einen hohen Preis bezahlen muss. Aller Voraussicht nach werden die Rückbaukosten die dafür angelegten Fonds massiv übersteigen, zudem ist die Abfallfrage auch nach 45 Jahren noch immer ungeklärt und eine Lösung ist nicht in Sicht. Des Weiteren sind die Kernkraftwerksbetreiber im Schadensfall nur bis zu einer Milliarde versichert, was angesichts des Schadenspotential eine lächerlich kleine Zahl ist. Mit anderen Worten: Die Risiken gehen zu Lasten der Allgemeinheit.

Diese indirekte Subventionierung der Kernenergie gilt es abzuschaffen. Da somit die Kernkraftwerke erst recht nicht mehr rentabel sind, gilt es, diese so schnell wie möglich abzuschalten. Die wegfallenden Kernkraftwerke sollen langfristig durch erneuerbare Kapazitäten ersetzt werden. Dies ist angesichts der heute hohen Produktionsüberkapazitäten in Europa lösbar. Massnahmen wie

- Erhöhung der Energieeffizienz,
- liberalere Strommärkte,
- intelligentes Lastmanagement („Smartgrid“),
- Förderung von Prosumers (Gleichzeitige Konsumenten und Produzenten) und
- Pumpspeicherkraftwerke sowie andere Energiespeicher

können dieses Problem beheben. Auch hier sind kurzfristige Subventionen wie z.B. die [EIV](#) akzeptabel aber nur als Kompensation für Marktversagen bei den nicht erneuerbaren Energien zu sehen.

Forderungen und Positionen:

Nachhaltige Politik

Die Produktion, aber auch der Verbrauch von Energie muss nachhaltiger werden. Wir fordern eine weitere Beschleunigung der Entwicklung weg von fossilen Energieträgern mit Hilfe von:

- einer grundsätzlichen Lenkungsabgabe auf fossile Energieträger,
- einer CO₂-Abgabe auf Flugreisen,
- gezielter Lenkungsabgaben auf CO₂-Emissionen, auf fossile Treibstoffe und auf Konsumgüter, welche „graue“ fossile Energie beinhalten,
- Vorgaben zur erneuerbaren Energieproduktion/Nutzung wie z.B. mit Solarenergie bei Neubauten
- der Förderung der Elektromobilität gegenüber der fossilen Mobilität,
- der Förderung von biologisch abbaubarer oder rezyklierbarer Produkte,
- der Einhaltung und Umsetzung der internationalen Klimaziele,
- der Förderung innovativer Lösungen, welche eine Chance für den Zürcher Forschungs- und Wirtschaftsstandort sind und
- einem Verbot von neuen Ölheizungen, falls keine griffigen Lenkungsabgaben auf fossile Energieträger möglich sind.

Liberale Politik

- Wir bevorzugen eine Politik, welche auf Anreize, marktnahe Mittel und Eigenverantwortung setzt. Verbote sollen möglichst zurückhaltend angewendet werden.

Pragmatische Politik

- Wir lehnen neue Atomkraftwerke sowie direkte oder indirekte Subventionierung von Atomstrom ab.
- Mittels geeigneter Anreizsysteme soll die Energiewende unterstützt werden.
- Recycling und sinnvolle Wiederverwendung müssen für Konsumenten finanziell attraktiver sein als die Verwendung von frisch abgebauten Rohstoffen.

Soziale und humane Politik

- Die Energiewende muss wirtschafts- und sozialverträglich ausgestaltet werden. Es ist darauf zu achten, dass Energiepreise nicht sprunghaft ins Unermessliche steigen, sondern ein sanfter Übergang stattfindet, der langfristig sowohl der Wirtschaft als auch der Bevölkerung dient.

Umwelt

Raumplanung – Verdichten, Lebensqualität und Grünflächen wahren!

Unsere Natur ist eine kostbare und knappe Ressource, entsprechend gilt es, ihr Sorge zu tragen. Besonders der Zersiedelung und Überbauung neuer Grünflächen muss Einhalt geboten werden und gleichzeitig müssen die Zentren verdichtet werden.

Wir fordern und unterstützen Massnahmen, welche Anreize schafft um ...

- das Verdichten in urbanen Ballungszentren zu beschleunigen.
- die Zersiedelung auf dem Land zu stoppen.
- die Errichtung von Naturparks und Nationalparks voranzutreiben.

JA zu einer umweltschonenden und marktorientierten Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist als Nahrungsmittelproduzentin für unser Überleben unerlässlich. Gleichzeitig ist sie aber auch mitschuldig am Klimawandel und dem drastischen Biodiversitätsverlust.

Obwohl die Schweiz deutlich mehr staatliche Stützbeiträge an die Landwirtschaft zahlt als jedes andere Land auf der Erde und obwohl die Landwirtschaft in vielen Bereichen durch Zölle vom Weltmarkt abgeschottet ist, was Milliardenkosten für die Volkswirtschaft verursacht, liegt der Pestizid- und Düngemiteleinsatz klar über dem der Nachbarländer. Dabei geht ein Grossteil der staatlichen Stützmassnahmen gar nicht an die Bauern, sondern an die Zulieferer und Verarbeiter von landwirtschaftlichen Produkten.

Die Jungen Grünliberalen Zürich fordern deshalb, dass...

- Subventionen, die negative externe Effekte verstärken oder zu Marktverzerrungen führen (z.B. Mineralölsteuerreduktion, Subventionen für die Fleischproduktion, Exportsubventionen und Industrieschutzzölle) abgeschafft werden.
- Direktzahlungen nur positive externe Effekte vergüten: Investitionen in tier- und klimafreundliche Technologien und Infrastrukturen, aber auch Massnahmen, welche die Biodiversität fördern (z.B. Magerwiesen, vielgliedrige Fruchtfolgen) sollen finanziell unterstützt werden.
- der Einsatz von Pestiziden stark reduziert wird. Pflanzenschutzmittel sollen nur eingesetzt werden, wenn keine anbautechnischen oder biologischen Mittel möglich sind.
- Vorschriften zur Pestizid- und Düngemittelreduktion kontrolliert und Verstösse geahndet werden.
- der Kanton Zürich nicht mehr für den Bauernverband das Inkasso übernimmt.

Gentechnologie

Momentan dominieren einige wenige Saatguthersteller den Markt mit transgenen Pflanzensorten, die vor allem auf grossflächige konventionelle Landwirtschaft zugeschnitten sind. Diese transgenen Pflanzen führen zwar zu mehr Ertrag, aber verstärken oftmals die ökologischen Probleme dieser Anbaumethoden.

Moderne gentechnische Methoden (z.B. CRISPR/Cas9) eröffnen jedoch neue Möglichkeiten für eine ökologische Landwirtschaft, die sich an das sich verändernde Klima anpassen müssen. Gene-Editing erlaubt es, Sorten gezielter zu züchten und damit die heute übliche Mutagenese-Methoden (Bestrahlung von Saatgut mit radioaktiven Stoffen oder Behandlung mit krebserregenden Chemikalien) zu ersetzen. Das Einbringen von Resistenzgenen aus der gleichen Pflanzenart verspricht ausserdem den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.

Deshalb halten es die Jungen Grünliberalen Zürich für sinnvoll, anstatt des heute geltenden Moratoriums gentechnisch veränderte Pflanzensorten unter strengen Vorgaben bezüglich möglichen Effekten auf die Umwelt und die Gesundheit zuzulassen.

Tierrecht

Die jungen Grünliberalen Zürich befürworten einen zeitgemässen Tierschutz in allen Bereichen, insbesondere der Forschung, der Landwirtschaft und der Unterhaltung.

Landwirte müssen dafür sorgen, dass ihre Tiere über genügend grosse Unterkünfte und artgerechte Haltungsbedingungen verfügen. Falls eine Tötung erfolgt, muss diese schmerzlos sein. Diese Bedingungen sollen auch für Tiere gelten, die im Ausland gezüchtet werden, deren Fleisch aber in der Schweiz verkauft wird.

Der aktuelle Fleischkonsum hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt und ist ein zentraler Treiber des Klimawandels. Wir fordern entsprechende Massnahmen für mehr Aufklärung in diesem Bereich. Insbesondere soll vom Staat keine Absatzförderung von Fleisch (z.B. mittels Werbung) finanziert werden.

Wir fordern weiter, dass Tiere ausnahmslos aus Unterhaltungsprogrammen wie beispielsweise dem Zirkus oder dem Sechseläuten verbannt werden. In Zoos und Tiergärten muss sichergestellt werden, dass die Tiere in möglichst natürlichem Umfeld leben.

4 Mobilität

NEIN zu einem exzessiven Mobilitätsverhalten

Zum Arbeitsplatz, in die Schule oder in den Ausgang - das Bedürfnis nach Mobilität ist so gross wie noch nie. Doch Mobilität hat auch negative Seiten: Lange Autoschlangen, Luftverschmutzung sowie überfüllte Züge und Trams dominieren den urbanen Alltag. Bereits ein Drittel der bebauten Fläche wird allein für Verkehrsinfrastruktur benutzt. Der Strassenverkehr, bei dem der motorisierte Individualverkehr den grössten Anteil ausmacht, verursacht im Vergleich zum öffentlichen Verkehr ein Vielfaches an volkswirtschaftlichen Kosten und CO₂-Emissionen und verbraucht am meisten Energie. Exzessive Mobilität muss deshalb einerseits durch Kostenwahrheit und andererseits durch infrastrukturelle Massnahmen eingedämmt werden.

Förderung des Langsamverkehrs - Velo first, Auto second

Das weitaus effizienteste Fortbewegungsmittel ist das Velo - sei es als E-Bike, Cargo-Bike oder in der herkömmlichen Variante. Im Vergleich zu Flächenbedarf und benötigter Energie stellt das Velo besonders im städtischen Raum alle anderen Verkehrsmittel in den Schatten. Entsprechend fordern wir den konsequenten Ausbau der Veloinfrastruktur, z.B. mit zusammenhängenden Velorouten, isolierten Velowegen, Schnellstrassen und Bevorzugung an Lichtsignalen. Wir fordern, dass das Velo bei der Planung gegenüber dem MIV bevorzugt behandelt wird und besonders, dass in Städten zur Not einzelne Autospuren aufgehoben werden können.

Ausbau des öffentlichen Verkehrs

In Anbetracht der genannten Vorteile des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr ist es von Bedeutung, dass wir diesen ausbauen und zukunftsorientiert gestalten. Wir befürworten deshalb Ausbauprojekte wie die Limmattalbahn und die S-Bahn 2G. Ausserdem fordern wir eine Ausweitung des Nachtnetzes auf den Donnerstag, um der Entwicklung des Nachtlebens und den Bedürfnissen der jungen Generation Rechnung zu tragen.

Pooling und effizientere Nutzung der Infrastruktur

Innovative Lösungen, welche das Potential für eine effizientere Nutzung der bestehenden Infrastruktur haben, sollen gefördert und auf keinen Fall behindert werden. Im Zuge der Sharing Economy und des autonomen Fahren fordern wir, dass die Politik gegenüber neuen Ideen aufgeschlossen und proaktiv eingestellt ist. So sollen u.a. autonomes Fahren und Dienste wie Mobility, Smide oder Uber Pooling u.ä. konstruktiv gefördert werden.

Mit Anreizen und Kostenwahrheit zu einer nachhaltigeren Mobilität

Der Ausbau von Strassen und Schienen kann das Problem der Staus und überlasteten öffentlichen Verkehrsmittel nicht alleine lösen, da diese Massnahmen einerseits zu einer noch stärkeren Nachfrage an Mobilität führen und andererseits durch das Bevölkerungswachstum schnell an Effektivität verlieren. Wir setzen uns deshalb für eine nachhaltige Mobilität und effektive Lenkungsabgaben wie z.B. Mobility Pricing ein, welche

automatisch Anreize für effiziente Mobilitätsformen wie Velo setzt.

Auch im Flugverkehr setzen wir uns für Kostenwahrheit ein, entsprechend fordern wir eine Kerosinsteuer auf Flüge ab Schweizer Flughäfen sowie eine Abschaffung sämtlicher indirekter Subventionen des Flugverkehr wie z.B. der Mineralölsteuerbefreiung.

Forderungen und Positionen:

Nachhaltige Politik

Vor allem in städtischen Gebieten sollen...

- emissionsreiche und platzraubende Mobilitätsformen wie der motorisierte Individualverkehr durch geeignete Anreize reduziert werden.
- die Infrastruktur für Fussgänger und Veloverkehr massiv ausgebaut werden.
- Massnahmen wie ein grobmaschiges Veloschnellstrassennetz, die effizientes Vorwärtskommen ermöglichen.

Arbeitswege müssen reduziert werden durch...

- eine nachhaltigere Raum- und Verkehrsplanung.
- Förderung von flexiblen Arbeitsmodellen wie z.B. Home Office.
- Verdichtung und mehr Wohnraum in Ballungszentren.
- Schaffung von günstigem Wohnraum für Studierende an Hochschulstandorten.

Die Kosten für Mobilität sollen die Nutzer mittragen, indem...

- auf Mobilität je nach Verkehrsmittel, Strassentyp, Tageszeit, Strecke und lokalem Angebot Benutzungsgebühren erhoben werden. (Mobility Pricing)
- Steuererleichterungen für Mobilität reduziert werden.
- Freizeitmobilität möglichst auf Velo-, Fuss- und öffentlichen Verkehr beschränkt wird.

Liberale Politik

- Mobilität soll durch Anreize, intelligente Verkehrsplanung und möglichst nicht durch Verbote reguliert werden.
- Anreize zur vermehrten Nutzung des ÖVs zu Randzeiten sollen geschaffen werden, beispielsweise über den Billettpreis.

Pragmatische Politik

- In den Städten muss ein flächendeckendes und sicheres Netz von Velowegen aufgebaut werden
- Auf dem Land soll der öffentliche Verkehr ausgebaut werden, damit auch ohne Auto die individuelle Mobilität möglich ist.

Soziale und humane Politik

- Behindertengerechte Mobilität soll sinnvoll und effizient ermöglicht werden.
- Anreize zu mehr Effizienz in der Mobilität dürfen nicht dazu führen, dass Menschen mit kleinerem Einkommen sich diese nicht mehr leisten können.

5 Altersvorsorge und Gesundheit

Eine generationengerechte AHV-Reform ist dringend nötig

Die AHV ist eine wichtige Säule der solidarischen Schweiz und Inbegriff des Generationenvertrages zwischen jung und alt. Wegen der demografischen Entwicklung und mehreren gescheiterten Reformversuchen gerät ihre Finanzierung aber immer mehr ins Wanken und das Vertrauen in die Sicherheit der eigenen Rente schwindet. Wir Jungen sind bereit, einen Beitrag zu einer nachhaltigen Reform zu leisten, fordern im Gegenzug aber weiterhin eine generationengerechte Verteilung der Lasten. Dazu ist eine Angleichung und Anpassung des Rentenalters an die signifikant gestiegene Lebenserwartung notwendig.

Das Schweizer Gesundheitswesen: qualitativ hochstehend, aber teuer

Das Schweizer Gesundheitswesen ist im Ländervergleich einerseits sehr umfangreich und bietet eine hohe Behandlungsqualität, andererseits ist es aber auch relativ teuer. Die steigenden Krankenkassenprämien werden von der Bevölkerung zunehmend als Belastung wahrgenommen, weshalb der rasante Kostenentwicklung in den nächsten Jahren unbedingt Einhalt zu gebieten ist. Die wichtigsten Kostentreiber im Gesundheitswesen sind die steigende Lebenserwartung, neue, kostenintensive Behandlungsmöglichkeiten sowie eine starke Mengenausweitung. Bei ersteren beiden ist der Handlungsspielraum der Politik sehr beschränkt, bzw. Änderungen gar nicht erwünscht. Die zunehmende Belastung des Gesundheitswesens durch Bagatellfälle und medizinisch unsinnige Behandlungen sind jedoch ernst zu nehmende Probleme. Eine wirksame Massnahme gegen die unnötige Nutzung von Notfallstationen wäre die Einführung von Notfallpauschalen, die durch die Patienten getragen werden. Das Anreizsystem für die Durchführung von Operationen ist so zu ändern, dass aus medizinischer Sicht nicht indizierte Eingriffe nicht mehr aus rein betriebsökonomischen Gründen getätigt werden. Für die Erstattbarkeit einer Behandlung durch die Grundversicherung sollen strikt wissenschaftliche Kriterien erfüllt werden müssen. Dies ist heute nicht für alle Behandlungen des KVG-Katalogs der Fall.

Auch das Prämiensystem ist vor dem Hintergrund der steigenden Kosten zu überdenken. So soll eine Erhöhung der Mindestfranchise geprüft werden, da ein bedeutender Teil der Bevölkerung sowieso mehr als 300 Franken Kosten verursacht und für diesen dann kein Anreiz zum Sparen mehr besteht. Dabei muss natürlich die soziale Verträglichkeit sichergestellt werden und im Bedarfsfall sollen zusätzliche Prämienverbilligungen gewährt werden.

Solidarität vs. Eigenverantwortung

Unser Gesundheitssystem baut auf dem Prinzip der Solidarität auf. Die Gesunden und Jungen unterstützen vor allem die Kranken und Betagten. Gesundheit und Gesundheitsvorsorge muss allen zugänglich und erschwinglich sein. Die Schwierigkeit besteht darin, eine Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität zu finden.

Forderungen und Positionen:

Nachhaltige Politik

- Die Jungen Grünliberalen Zürich fordern eine nachhaltige und generationengerechte Rentenreform, welche eine Angleichung und Erhöhung des Rentenalters beinhaltet.
- Wir fordern eine Ausrichtung der Gesundheitsdienstleistungen an den Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Notwendigkeit, um die überbordenden Kosten in den Griff zu bekommen. Insbesondere Leistungen ohne wissenschaftlich nachgewiesene Wirkung sollen von der Grundversicherung nicht bezahlt werden. Es dürfen keine Anreize für die Durchführung von medizinisch nicht indizierten Eingriffen bestehen.
- Wenn immer möglich, sollen den Patienten günstigere Generika verschrieben werden.
- Um dem Fachkräftemangel in der Schweiz entgegenzuwirken, muss konsequenterweise die Anzahl an Ausbildungsplätzen für Ärzte und Gesundheitspersonal erhöht werden.

Pragmatische Politik

Im Gesundheitswesen, wie auch andernorts, soll der Grundsatz der Eigenverantwortung gelten:

- Wer Zusatzleistungen beziehen möchte, muss diese selbst bezahlen bzw. über eine Zusatzversicherung abdecken.
- Zu den Zusatzleistungen sollen auch die Teile der alternativen Medizin gehören, welche in Langzeitstudien keine nachweisbaren positiven Effekte gezeigt haben.

Soziale und humane Politik

- Das Gesundheitswesen soll für alle zugänglich und bezahlbar bleiben. Die Qualität der medizinischen Behandlung darf nicht vom Versicherungsstatus des Patienten abhängen.

Liberale Politik

Wir sind für ein liberales Gesundheitssystem:

- Wir wollen Wettbewerb zwischen verschiedenen Versicherungsmodellen gerade auch bei den Grundversicherungen. Um Fehlanreize zu begegnen, sind dabei aber effiziente Risikoausgleiche zwischen den Versicherern notwendig.
- Wir begrüssen Präimplantationsdiagnostik und die Legalisierung der Leihmutterchaft unter Auflagen, die eine Ausbeutung der Leihmutter verhindern.

6 Bildung und Einstieg in die Arbeitswelt

JA zum Erfolgsmodell des dualen Bildungssystems

Die Schweiz hat im europäischen Vergleich eine sehr tiefe Arbeitslosenquote. Dank des dualen Bildungssystems sind in der Schweiz die Chancen für jugendliche Schul- und Lehrabgänger gut, eine Arbeitsstelle zu finden. Theoretisches Wissen und selbständiges Lernen an den Schulen sowie die Berufslehre mit praxisnaher Ausbildung bilden wichtige Bausteine für angehende Erwerbstätige. Ausgelernte haben nach der Ausbildung zudem die Möglichkeit sich weiterzubilden oder umschulen zu lassen. Wir setzen uns deshalb voll und ganz für das duale Bildungssystem ein. Damit die gymnasialen Maturaquoten nicht übermässig ansteigen und das Niveau der gymnasialen Matura erhalten bleibt, gilt es auch den Wert eines Berufseinstiegs via Lehre wieder vermehrt zu vermitteln.

JA zu einem starken Hochschulstandort

Zürich ist mit Universität und ETH heute einer der bedeutendsten Bildungsstandorte in Europa. Ein gut ausgebautes öffentliches Bildungs- und Forschungswesen ist enorm wichtig für die zukünftige Entwicklung unseres Landes und unseres Kantons. Für die Weiterentwicklung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf Primarschul-, Mittelschul- und Hochschulebene werden entsprechende finanzielle Mittel benötigt. Wo Mehrausgaben nötig sind, um die Qualität der Bildung und Forschung sicherzustellen bzw. zu verbessern, sollen diese Mittel auch zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich sind die Mittel möglichst effizient und wenn immer möglich an der Front und nicht in der Verwaltung einzusetzen.

Da Bildung und Forschung kostenintensiv sind, soll es auch Wirtschaftsunternehmen möglich sein, Forschungsprojekte, Bildungseinrichtungen etc. zu sponsern. Allerdings sind hierbei vollständige Transparenz und die Wahrung der Unabhängigkeit der Wissenschaft unabdingbar, um sicherzustellen, dass kein Einfluss auf Studienergebnisse, Forschungsergebnisse und Lerninhalte ausgeübt wird.

Wir unterstützen langfristige Pläne zur Neugestaltung des Zürcher Hochschulquartiers, die städtebaulich verträglich umgesetzt werden sollen, damit auch kommende Generationen vom hervorragenden Hochschulstandort Zürich profitieren können.

Um die Chancengleichheit im Bildungswesen zu wahren, gilt es Erhöhungen der Studiengebühren zu verhindern.

JA zu mehr politischer Bildung und Stimmrechtsalter 16 auf Anfrage

Für die Legitimation unseres politischen Systems ist Partizipation unabdingbar. Besonders bei jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist die Partizipation aktuell zu tief. Als Jungpartei ist es uns deshalb ein Anliegen, die politische Bildung und insbesondere die Sensibilisierung auf die Eigenheiten unseres direktdemokratischen Systems vermehrt in die Klassenzimmer zu tragen. Auch regelmässige Politik-Podien an den Sekundar- und Mittelschulen können dazu beitragen. Ausserdem fordern wir auf Anfrage eine Ausdehnung des aktiven Stimm- und Wahlrechts auf 16- und 17-Jährige. Sie könnten damit das theoretische Wissen, das sie sich in der politischen Bildung an der Schule aneignen, direkt in der Praxis nutzen.

Forderungen und Positionen:

Nachhaltige Politik

Damit unser Bildungs- und Ausbildungssystem langfristig erfolgreich bleibt, ist es wichtig, dass...

- Anreize geschaffen werden, damit Unternehmen Lehrstellen schaffen.
- die Ausbildung genügend hochqualifizierter Arbeitnehmer gefördert wird.
- die Volksschule stark bleibt und Chancengerechtigkeit für alle fördert.
- Der Hochschulstandort Zürich sich seinen Bedürfnissen entsprechend weiterentwickeln kann.

Liberale Politik

- Die freie Wahl der Ausbildung auf Stufe des dualen Bildungssystems und im Hochschulbereich soll weiterhin garantiert werden.

Pragmatische Politik

- Wir fordern einen Ausbau der politischen Bildung an den Volksschulen sowie das Stimmrechtsalter 16 auf Anfrage.
- Bildung ist eine Aufgabe des Staates, bei der als letztes gespart werden sollte. Die Schüler sollen einen modernen und zeitgerechten Unterricht erhalten.
- Der Unterricht soll stetig an die aktuellen Anforderungen angepasst werden. Etwa soll der Umgang mit neuen Medien und Programmieren gelehrt werden.
- Finanzielle Beiträge von Firmen an Bildungseinrichtungen sollen möglich sein, müssen aber unbedingt transparent sein und dürfen die Unabhängigkeit der Bildungseinrichtungen nicht gefährden.

Soziale und humane Politik

- Chancengerechtigkeit muss sich auch ausgeglichen in der Förderung von weniger begabten und überdurchschnittlich begabten Kindern niederschlagen. Heute kommen Mittel in vor allem für Erstere zum Einsatz.
- Die Unterstützung von finanziell schwachen Studierenden in Form von Stipendien soll weiterhin garantiert und vereinfacht werden. Das Einkommen soll sich keinesfalls auf die Bildungschancen auswirken.

7 Aussen- und Europapolitik

Die Jungen Grünliberalen treten für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz ein. Unser Land soll international eine wichtige Rolle spielen, sowohl im Sinne unserer eigenen Interessen, wie auch zur Förderung unserer Werte in der Welt. Die Jungen Grünliberalen Zürich stehen auch aussenpolitisch für eine nachhaltige Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ein.

JA zu stabilen Beziehungen mit unseren europäischen Nachbarn

Als wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner der Schweiz spielt die Europäische Union in der schweizerischen Aussenpolitik eine zentrale Rolle. Die Entwicklung der EU ist für die Schweiz von herausragender Bedeutung. Der Zugang zum Europäischen Binnenmarkt ist für die Schweizer Wirtschaft entscheidend. Auch die Schweizer Hochschulen sind auf internationale Vernetzung angewiesen. Studierende können dank gesamteuropäischen Abkommen von attraktiven Austauschprogrammen profitieren. Es gilt deshalb auch für die Zukunft ein Gleichgewicht zwischen Kooperation und Eigenständigkeit zu finden und den bilateralen Weg weiterzuentwickeln. Mit einem institutionellen Rahmenabkommen könnten wichtige Fragen, etwa bei der Streitschlichtung, gelöst und der Marktzugang für die Schweizer Wirtschaft gesichert werden. Gleichzeitig wird den direktdemokratischen Institutionen der Schweiz Sorge getragen und die Souveränität gewahrt. Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich deshalb mit Nachdruck für den Abschluss eines solchen Abkommens ein.

Unser soziales und ökologisches Gewissen endet nicht bei der schweizerischen Aussenpolitik und unseren Handelsbeziehungen. Insbesondere fordern wir die Einhaltung der Klimaziele von Paris, was die baldige Verabschiedung eines griffigen CO₂-Gesetzes voraussetzt. Wir verlangen des Weiteren, dass Schweizer Unternehmen Menschenrechte und Umweltschutz auch im Ausland respektieren. Wir befürworten dezidiert den Abschluss von weiteren Freihandelsabkommen, fordern aber dabei eine Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten. Freihandel soll nicht auf Kosten von Entwicklungsländern geschehen. Aus diesem Grund lehnen wir auch Protektionismus und Exportsubventionen in einzelnen Branchen wie der Landwirtschaft ab, in denen besonders Entwicklungsländer konkurrenzfähig wären.

Die Jungen Grünliberalen fordern...

- die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der EU auf der Ebene der bilateralen Verträge weiterzuführen und zu vertiefen. Dazu soll die Schweiz den Abschluss eines Rahmenabkommens anstreben.
- eine engere Zusammenarbeit mit der EU etwa im Energiesektor (bspw. Europäischer Strommarkt) oder in der gemeinsamen Verkehrspolitik (Verlagerung von der Strasse auf die Schiene).
- die Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrechte durch internationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz.

8 Kurzpositionen

8.1 Wirtschaftspolitik

Die Jungen Grünliberalen Zürich setzen sich für eine liberale Wirtschaftspolitik und einen flexiblen Arbeitsmarkt ein. In solchen Rahmenbedingungen sehen wir einen bedeutenden Standortvorteil der Schweiz, den wir bewahren möchten. Insbesondere für innovative Start-ups fordern wir attraktive Bedingungen und möglichst geringe bürokratische Hürden. Auch eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten unterstützen wir.

8.2 Armee und Wehrpflicht

Die öffentlichen Diskussionen rund um die Wehrpflicht oder Kampfjet-Beschaffungen zeigen, dass das Militär sich in einer Wandlungsphase befindet und sich an die gesellschaftliche Realität anpassen muss. Die Jungen Grünliberalen begrüßen eine offene und zielführende Diskussion über eine grundlegende Neuorganisation und Umstrukturierung der Armee und ihrer Aufgaben.

JA zum Bürgerdienst für alle!

In Folge einer grundlegenden Armee reform sind wir für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer. Sicherheit entsteht durch die Zusammenarbeit verschiedenster Institutionen wie Zivilschutz, Zivildienst, Armee, Polizeiwesen, Feuerwehr und Justiz. Die Jungen Grünliberalen setzen sich für die Stärkung jeder dieser Institutionen in ihren Kernaufgaben ein.

Wir fordern, dass die Armee als letzte strategische Reserve kleiner, schlanker und effizienter wird. Sie soll sich auf ihre verfassungsmässigen Aufgaben konzentrieren und Teilbereiche wie z.B. den Katastrophenschutz in ein nationales Zivilschutz-Element übertragen. Männer und Frauen sollen wählen können, in welchem Teilbereich (Zivilschutz, Zivildienst, Armee, Feuerwehr etc.) sie ihre allgemeine Dienstpflicht erfüllen wollen. Wir halten die Miliz-Tradition in der Schweiz hoch. Ein allgemeiner Bürgerdienst kann diese neu beleben und soll Frauen wie Männern die Möglichkeit geben, einen Dienst an der Allgemeinheit zu leisten. Die Rahmenbedingungen gilt es zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren. Diese sollen flexibel gestaltet werden und den Bedürfnissen der Arbeitgeber Rechnung tragen.

8.3 Waffenexporte

NEIN zum Waffenexport in Bürgerkriegsländer!

Die Schweiz hat eine lange humanitäre Tradition. Auch als Gründungsland des internationalen Komitee vom Roten Kreuz steht sie in der Verantwortung. Wir lehnen deshalb jegliche Aufweichungen der Exportbestimmungen für Kriegsmaterial dezidiert ab. Insbesondere der Export in Krisengebiete macht die Schweiz als internationalen Partner

unglaublich und widerspricht unserem Verständnis von Neutralität. Wir fordern deshalb eine Einschränkung der Waffenexporte auf zweifelsfrei demokratisch legitimierte Regierungen.

8.4 Migrations- und Asylpolitik

Migration ist Realität. Mehr als 20% der ständigen Wohnbevölkerung hat einen ausländischen Pass. Nicht immer läuft aber die Integration reibungslos: Kulturelle und soziale Unterschiede können zu Spannungen zwischen der heimischen Bevölkerung und den Einwanderern führen. Sowohl von der aufnehmenden als auch von der einwandernden Bevölkerung braucht es deshalb Anstrengungen und Verständnis.

Das Dublin-Abkommen muss den aktuellen Gegebenheiten angepasst und mit Relocating-Programmen erweitert werden, sodass Erstkunftsstaaten nicht die ganze Last alleine zu tragen haben. Insbesondere braucht es nationenübergreifende Toleranz und eine nachhaltige Migrations- und Asylpolitik.

Die Jungen Grünliberalen befürworten...

- eine offene Migrationspolitik, welche die Anliegen der Wirtschaft mit einbezieht.
- den massvollen Einsatz von geeigneten flankierenden Massnahmen.
- eine effiziente, aber auch gerechte Behandlung von Asylgesuchen.
- dass Asylbewerber die Möglichkeit haben, einer Beschäftigung nachgehen zu können und anerkannte Flüchtlinge sowie vorläufig Aufgenommene zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden. eine Chancenkultur, in der Flüchtlinge und Asylbewerber nicht als Opfer behandelt werden.
- den Zugang zu Sprachkursen für Einwanderer.
- die Sensibilisierung der Bevölkerung im Bereich der Asylpolitik, z.B. in Form von Begegnungsplattformen oder öffentlichen Podien mit Asylsuchenden und Einheimischen.
- die effektive Bekämpfung von Fluchtursachen wie Krieg, Klimawandel und Hungersnöten durch diplomatische Mittel und solche der Entwicklungszusammenarbeit.
- die Verteilung der Asylsuchenden mit Berücksichtigung der Sprachkompetenz, damit die Integration besser gelingt.

8.5 Transparenz bei Parteienfinanzierung

Die fehlende Transparenz in der Parteienfinanzierung ist aus unserer Sicht ein Mangel in unserem demokratischen System. Ausdruck dafür sind auch die mehrfachen Rügen der Staatengruppe gegen Korruption (Greco) des Europarates. Wir unterstützen deshalb die Forderung nach mehr Transparenz, etwa durch gezielte Anreize, wie eine Koppelung der Fraktionsbeiträge an die Offenlegung der Parteifinanzen.